

chen Bestreben, auf dieser ökumenischen Missionskonferenz den evangelikalen Gruppen, die im Juli in Manila ihrerseits eine weltweite Missionskonferenz einberufen haben, nur ja keinen Anlaß zum Vorwurf mangelnder Bibel-treue zu bieten, hatten alle ökumenischen Delegierten, die deutschen eingeschlossen, Kreide gegessen, und ihre Beiträge wirkten wie die Ratschläge eines Schönheitschirurgen angesichts eines Patienten mit doppelten Schädelbasisbruch. Zwei Ausnahmen von dieser Leisetreteri waren der achtzigjährige ökumenische Missionstheologe und Bischof *Lesslie Newbigin* und der indische Theologe *Wesley Ariarajah*. Der Inder verdeutlichte die Problematik der Rede von der „Einzigartigkeit Jesu“ durch subtile Hinweise auf die für nicht-christliche Ohren unüberhörbaren „Unter- und Obertöne“ dieses Satzes und auf den Charakter der „Machtsprache“, den eine solche Rede-weise offenbare. Und Bischof Newbigin ließ zwar keinen Zweifel an seiner Überzeugung vom christlichen Bekehrungsauftrag, kennzeichnete ihn aber behutsam als Hoffnung, „daß ein christlicher Same in das Denken des anderen fällt und etwas auslöst“. Und unmißverständlich: „Daß jeder, der das Evangelium ablehnt, in alle Ewigkeit verdammt ist, glaube ich nicht.“ Beide Voten ließen etwas ahnen von Sensibilität und Differenzierungsvermögen, ohne die ein so schwieriges Thema sicher nicht behandelt werden kann, die aber der Konferenz insgesamt nicht zu Gebote standen. Entsprechend dürftig war das Ergebnis. Zwar spiegelt der Bericht der Sektion 1 recht ausführlich und auch farbig die Ergebnisse der vor allem dort geführten Gespräche zu diesem Thema. Aber das bleibt leider ganz unverbindlich, denn die Konferenz hat diese Sektionsberichte nur zur Kenntnis genommen, nicht sich zu eigen gemacht. Im offiziellen Konferenzpapier der dreieinhalbseitigen „Botschaft“ hingegen heißt es in diesem Zusammenhang lediglich: „Für Menschen anderer Religionszugehörigkeit ruft uns die Mission in der Nachfolge Christi auf, diesen Menschen zuzuhören und ihre Glaubensüberzeugungen zu achten, vor ihnen in Wort und Tat Zeugnis unseres Glaubens abzulegen und mit ihnen nach Frieden und Gerechtigkeit zu suchen.“ Von Erneuerung des Missionsverständnisses im entscheidenden theologischen Bereich kann also keine Rede sein. – Fragt man nach den Ursachen für dieses mindestens par-

tielle Scheitern einer so groß angelegten kirchlichen Unternehmung, dann wird man wohl einen strukturellen, einen theologischen und einen gesamtkirchlichen Aspekt bedenken müssen:

Das *strukturelle Problem* solcher Zusammenkünfte besteht darin, daß sie in zu großen Abständen stattfinden, daß dadurch die Mehrzahl der Teilnehmer jeweils Konferenz-Neulinge sind, daß deshalb auch die langfristigen Grund-satzthemen (wie der „Dialog“) immer wieder neu von den Anfängen her diskutiert werden und daß schließlich die Konferenzdauer nicht ausreicht, um weiterführende Überlegungen differenziert genug zu durchdenken und neue Ergebnisse zu erarbeiten.

Das *theologische Problem* ist weniger grundsätzlich und könnte sich mit der Zeit wieder verschieben. Für San Antonio jedenfalls hat sich ein derzeit allenthalben zunehmender Druck der evangelikalen Gruppierungen ausge-wirkt und damit eine Neigung, auf dem traditionell Über-kommenen zu beharren und die Suche nach neuen Wegen zu erschweren oder gar zu blockieren.

Schließlich bleibt auf eine Artikulationsschwäche hinzu-weisen, von der die offiziellen Großkirchen mindestens der nördlichen Halbkugel derzeit offensichtlich allesamt befallen sind. Die zunehmende Abwanderung der Men-schen aus diesen Kirchen bei gleichzeitiger Suche nach neuen Heils-Vermittlern ist vor allem auf diese Unfähig-keit zurückzuführen, die anvertraute Botschaft verständ-lich und überzeugend zu vermitteln. Solange aber bei allen heiklen Fragen ängstlich und unsicher zurückgegrif-fen wird auf die bewährten, aber leer gewordenen theo-logischen Worthülsen und die genormten geistlichen Ver-satzstücke, wird man innerhalb und außerhalb der Kirche nichts und niemanden bewegen.

Die Bilanz von San Antonio ist deshalb negativ nicht nur für die Mission, von der man danach weniger sagen kann als zuvor, was sie eigentlich will und was nicht. Die Bilanz ist negativ für die Kirche überhaupt. Ihr Mangel an er-kenntbarer Kompetenz und ihre wieder einmal sichtbar gewordene Neigung, auf Klarheit und Eindeutigkeit um eines fragwürdigen innerkirchlichen Friedens willen zu verzichten, werden ihre ohnehin angeschlagene Glaub-würdigkeit und Überzeugungskraft weiter schwächen.

Hans-Joachim Girock

Sollte sich Rom Zeit lassen?

Die ČSSR-Politik des Vatikans ist ins Schußfeld der Kritik geraten

Die ČSSR-Politik des Hl. Stuhls ist in letzter Zeit ins Schußfeld der Kritik geraten. Wenn man davon ausgeht, daß es das Ziel der vatikanischen Diplomatie gegenüber totalitären Staaten ist, die Bedingungen für das Wirken der Kirche in diesen Ländern zu verbessern, ihr mehr Freiraum zu verschaf-

fen und sie und die einzelnen Gläubigen vor Verfolgungen zu schützen, dann hatte der Hl. Stuhl schon bisher in seinen Verhandlungen mit der Regierung in Prag vergleichsweise äußerst bescheidene Erfolge zu verzeichnen. Objektivverweise muß man feststellen, daß die Ursache dafür nicht beim

Hl. Stuhl, sondern eindeutig bei der tschechoslowakischen Regierung liegt, die seit Jahrzehnten einen extrem repressiven Kurs gegenüber der katholischen Kirche verfolgt. Doch in letzter Zeit mehrten sich die Stimmen, die auch der vatikanischen Politik gegenüber der Tschechoslowakei Fehler und Versäumnisse vorwerfen. Sie kommen aus der ČSSR selbst, aber auch aus dem Ausland.

Das Ganze begann mit einer Art „Maulkorberlaß“ für die tschechische und slowakische Abteilung von Radio Vatikan. Der Leiter des staatlichen Kirchenamtes in Prag, Ing. *Vladimir Janku*, hatte sich bei Gesprächen mit Vatikan-Vertretern in Rom im Februar dieses Jahres über angeblich „tendenziöse und verzeichnende Sendungen“ von Radio Vatikan beschwert, die nach Ansicht des Regimes den laufenden Dialog zwischen dem Hl. Stuhl und Prag „stören“. Janku hatte eine „Mäßigung“ der „Angriffe“ des vatikanischen Senders als eine Voraussetzung für eine Verbesserung der Beziehungen der Prager Regierung zum Vatikan und für eine „Lösung“ in der Frage der vakanten Bischofssitze bezeichnet. Nach den Gesprächen Jankus im Vatikan teilte der vatikanische Pressesprecher *Navarro Valls* mit, der Sender sei angewiesen worden, sich „an die Linie des Hl. Stuhls und der vatikanischen Diplomatie“ zu halten. Wie zu hören war, wurden die betreffenden Abteilungen auch intern gemahnt, über bestimmte Dinge nicht zu berichten.

Kritik an einem seltsamen „Entgegenkommen“

Dieses Eingehen des Hl. Stuhls auf die Forderung Jankus nach einer „Mäßigung“ der ČSSR-Berichterstattung von Radio Vatikan, das das Regime entsprechend propagandistisch ausschaltete, wurde in weiten katholischen Kreisen der Tschechoslowakei mit *Unverständnis und Befremden* aufgenommen. Dies um so mehr, als – wie es der Preßburger Rechtsanwalt *Jan Carnogursky*, ein führender katholischer Laienaktivist, ausdrückte – die Sendungen von Radio Vatikan ohnehin „viel weniger kritisch als andere westliche Sendungen“ die Verhältnisse in der Tschechoslowakei beleuchten. „Viele gläubige Bürger in der Tschechoslowakei würden es als bedauerlich empfinden, wenn Radio Vatikan von seiner kritischen Haltung in der Frage der Einhaltung der Religionsfreiheit in der Tschechoslowakei abginge“, betonte Carnogursky gegenüber der österreichischen Katholischen Presseagentur „Kathpress“. Für die Bürger seien diese Informationen deswegen so wichtig, weil es in der Tschechoslowakei nur sehr begrenzte oder gar keine anderen Möglichkeiten gebe, „diese Informationen von anderswo zu bekommen“. In den Medien der Tschechoslowakei gebe es „keinen Raum“ für eine authentische Berichterstattung über kirchliche Angelegenheiten oder Meinungsäußerungen kirchlicher Persönlichkeiten. Es sei gerade Radio Vatikan, das diesen Stimmen bzw. Informationen Raum gebe. Nach Ansicht Carnogurskys wäre es bedauerlich, wenn

sich Radio Vatikan in dieser Berichterstattung Beschränkungen auferlegen müßte.

In ähnlichem Sinn äußerte sich auch der katholische Philosoph und „Charta 77“-Mitunterzeichner Prof. *Václav Benda*. Er verwies darauf, daß in tschechoslowakischen Medien schon seit längerem eine regelrechte Kampagne gegen Radio Vatikan und andere Radiosendungen westlicher Rundfunkstationen im Gange sei. „Ich meine, daß Radio Vatikan sehr objektiv berichtet und sich in unseren politischen Angelegenheiten der Tschechoslowakei nicht engagiert, sondern sich darauf beschränkt, über kirchliche Ereignisse zu informieren“, bemerkte Benda. Nach Ansicht des katholischen Bürgerrechtlers ist Radio Vatikan im Gegenteil „nicht so kritisch gegenüber der kirchlichen Situation in der Tschechoslowakei, wie das möglich und nötig wäre“. „Wir brauchen mehr kritische Orientierung in Radio Vatikan“, unterstrich er und fügte hinzu: „Radio Vatikan ist für unsere Katholiken sehr wichtig, denn sie haben im Lande selbst keine offiziellen Möglichkeiten, zu Informationen über die katholische Kirche auf der ganzen Welt zu kommen.“

Auch in Österreich, dessen Beziehungen zur katholischen Kirche in der ČSSR enger sind als in jedem anderen westlichen Land, hatte der „Maulkorberlaß“ für die tschechische und slowakische Abteilung von Radio Vatikan kritische Stellungnahmen zur Folge. Die österreichische Sektion von „Christian Solidarity International“ appellierte an den Hl. Stuhl, „Radio Vatikan in der freien und kritischen Berichterstattung über kirchliche Geschehnisse in der Tschechoslowakei keine ‚diplomatischen‘ Beschränkungen aufzuerlegen“. Wörtlich heißt es in der Erklärung: „CSI ist überzeugt, daß sich sowohl der Hl. Stuhl als auch Radio Vatikan nicht den Interessen der tschechoslowakischen Regierung nach einer ‚genehmeren‘ Berichterstattung des vatikanischen Senders, sondern den Interessen der bedrängten Gläubigen in der Tschechoslowakei verpflichtet wissen. Die seit Jahrzehnten andauernden schwerwiegenden Beschränkungen der Religionsfreiheit und des kirchlichen Lebens in der ČSSR erfordern ein Maximum an Solidarität mit den tschechischen und slowakischen Christen. Radio Vatikan, das für viele Priester und Gläubige in der ČSSR eine wichtige und verlässliche Informationsquelle auch für kirchliche Geschehnisse in ihrem eigenen Land bedeutet, sollte sich durch keine Interventionen von Regierungsseite zu Abstrichen von dieser Solidarität veranlaßt sehen.“ Wenn „das Recht auf freie und kritische Berichterstattung von Radio Vatikan zum Tauschobjekt für Fortschritte in den Verhandlungen zwischen dem Hl. Stuhl und der tschechoslowakischen Regierung gemacht“ würde, müßte nach Ansicht von CSI „ein solcher Tauschhandel bei den Christen der ČSSR – und nicht nur bei ihnen – auf Unverständnis und Befremden stoßen“.

Der Vorsitzende der katholischen Vereinigung für Radio und Fernsehen „Unda“ in Österreich, Prof. *Walter Karberger*, ersuchte in einem Schreiben den Päpstlichen Rat für die sozialen Kommunikationsmittel „eindringlich,

sich für die Gewährleistung der freien und kritischen Berichterstattung von Radio Vatikan über kirchliche Geschehnisse in der ČSSR einzusetzen“. Wörtlich heißt es in dem Schreiben: „Es wäre für die Öffentlichkeit, vor allem aber für die tschechischen und slowakischen Katholiken, unverständlich, wenn der Hl. Stuhl aus diplomatischen Rücksichten dem Verlangen der tschechoslowakischen Regierung nach einer ihr genehmeren ČSSR-Berichterstattung von Radio Vatikan durch eine entsprechende Weisung an den Sender Rechnung trüge. Kein Verhandlungsergebnis in den Gesprächen zwischen dem Hl. Stuhl und der tschechoslowakischen Regierung könnte es rechtfertigen, das im Konzilsdekret ‚Inter mirifica‘ und in der nachkonziliaren Instruktion ‚Communio et progressio‘ mit Nachdruck postulierte Recht auf freie, wahre und umfassende Information, ja die Pflicht dazu, ausgerechnet für den Sender des Papstes zu beschränken.“

Gegen jede „Beschränkung“ der Berichterstattung von Radio Vatikan „über die anhaltende Bedrängnis der Kirche und der Katholiken in der ČSSR“ wandte sich auch der Verband katholischer Publizisten Österreichs. In einer Resolution des Vorstandes wurde „Befremden“ über diesbezügliche „Interventionen“ geäußert und vor einem „Tauschhandel“ in dieser Angelegenheit gewarnt: „Gerade weil in den tschechoslowakischen Medien selbst jede kritische Stellungnahme zur kirchlichen Situation in der ČSSR unterdrückt bzw. unmöglich gemacht wird, wäre es für die tschechischen und slowakischen Gläubigen fatal, wenn es der Regierung in Prag gelänge, im ‚Eintausch‘ gegen Zugeständnisse an den Hl. Stuhl in anderen Fragen eine Art Zensur für die ČSSR-Berichterstattung des vatikanischen Senders durchzusetzen. Der Verband katholischer Publizisten Österreichs appelliert deshalb eindringlich an die zuständigen Stellen des Hl. Stuhls, sich nicht für einen solchen ‚Tauschhandel‘ herzugeben, sondern auch in der ČSSR-Berichterstattung von Radio Vatikan der Wahrheit Vorrang vor diplomatischen Rücksichten zu geben.“

Das *negative Echo* auf die Erklärung von Vatikan-Sprecher Navarro Valls dürfte im Päpstlichen Staatssekretariat doch nicht ohne Wirkung geblieben sein. Zwar nahm man – was vor allem für die Katholiken in der ČSSR wichtig gewesen wäre – die Navarro-Erklärung nicht öffentlich zurück, doch war inzwischen aus dem Sender zu hören, daß die tschechische und slowakische Abteilung wieder ohne Beschränkungen durch das Staatssekretariat berichten können.

„Pacem in terris“ und die leidige Frage der Bischofsernennungen

Weniger Rücksicht auf Verstimmungen des „Partners“, als sie der Hl. Stuhl in der Frage der ČSSR-Berichterstattung von Radio Vatikan an den Tag legte, nahm das tschechoslowakische Regime: Denn ausgerechnet während der Anwesenheit einer vatikanischen Verhandlungsdelegation in der ČSSR im April dieses Jahres ließ man in

Preßburg eine Festveranstaltung zum 40-Jahr-Jubiläum der Gründung der Friedenspriesterbewegung „Pacem in terris“ abrollen. Die von Josef Plojhar (dem vom Priesteramt suspendierten späteren tschechoslowakischen Gesundheitsminister) gegründete und geleitete Friedenspriester-Bewegung war ein Instrument stalinistischer Kirchenpolitik und stellte sich vielfach in den Dienst massiver antikirchlicher Repression. Der Hl. Stuhl hatte die Priestervereinigung am 10. Juni 1949 verurteilt und ihre Exponenten mit Kirchenstrafen belegt.

Im Jahr 1968 wurde die Friedenspriester-Bewegung offiziell aufgelöst. Auch staatlicherseits sah man in ihr ein Relikt stalinistischer Kirchenpolitik, auf das man nicht mehr zurückgreifen wollte. Auf seiten der Kirche erinnerte man daran, daß Exponenten der Friedenspriester-Bewegung Beihilfe dazu geleistet hatten, daß Hunderte von Priestern und Ordensleuten sowie auch Bischöfe (darunter der jetzige Prager Erzbischof Tomášek) verfolgt, inhaftiert, mit Berufsverbot belegt und anderen Repressalien ausgesetzt worden waren. Diese Vereinigung 21 Jahre nach ihrer Auflösung mit einem Festakt zu feiern, bestand unter diesen Umständen nicht der geringste Anlaß. Wenn es dennoch – noch dazu während des ČSSR-Besuchs der vatikanischen Verhandlungsdelegation – geschah, dann verband man damit wohl die Absicht einer offenen Herausforderung des Hl. Stuhls und der Kirche in der Tschechoslowakei.

Die Hoffnungen der Katholiken des Landes, daß es niemals mehr ein solches „kirchliches“ Instrument der Kontrolle und der Gängelung des kirchlichen Lebens geben werde, hatte sich allerdings nicht erfüllt: Im Zuge der Liquidierung des sogenannten „Prager Frühlings“ war nach dem Willen des Regimes 1969 als Nachfolgeorganisation der aufgelösten Friedenspriester-Bewegung die *Vereinigung „Pacem in terris“* ins Leben gerufen worden. Aufgrund staatlicher Einflußnahmen wurden Schlüsselpositionen des kirchlichen Lebens mit Exponenten von „Pacem in terris“ besetzt, und das, obwohl nach den Bestimmungen des Kirchenrechts und einem eigenen Erlaß des Hl. Stuhls Geistlichen die Zugehörigkeit zu dieser Organisation ausdrücklich untersagt ist.

Bei den Verhandlungen der vatikanischen Delegation unter Führung von Sondernuntius Erzbischof *Francesco Colasuonno* ging es einmal mehr um die Frage der *Besetzung der vakanten Bischofssitze* des Landes, und dabei spielt seit eh und je „Pacem in terris“ eine zentrale Rolle. Derzeit sind zehn von den dreizehn Diözesen des Landes – manche schon seit Jahrzehnten – ohne bischöfliche Leitung. Das Regime drang in seinen Verhandlungen mit dem Hl. Stuhl stets darauf, für Bischofsernennungen Kandidaten aus der „Pacem in terris“-Bewegung durchzusetzen. Ganz abgesehen davon, daß der Vatikan schwerlich Kleriker zu Bischöfen machen konnte, die sich über das ausdrückliche Verbot einer „Pacem in terris“-Zugehörigkeit hinwegsetzten, waren die betreffenden Kandidaten auch aus anderen Gründen für den Hl. Stuhl inakzeptabel: Sie hatten sich in den meisten Fällen als willfähiges Werk-

zeug einer Kirchenpolitik des Regimes erwiesen, die das Leben und Wirken der Kirche auf ein Minimum beschränken will und alles, was darüber hinausgeht, mit Polizeigewalt und behördlichen Sanktionen verfolgt. Zum Teil forcierte das Regime außerdem solche „Bischofskandidaten“, die es – wegen eines „dunklen Punktes“ in ihrer Vergangenheit oder in ihrer Lebensführung – für erpreßbar hielt. Es liegt auf der Hand, daß die Bestellung von Klerikern, deren Glaubwürdigkeit als Priester und als Anwalt kirchlicher Interessen schwer erschüttert ist, zu Bischöfen im Klerus und Kirchenvolk nur mit Unmut aufgenommen worden wäre.

Unter diesen Umständen wird es erklärlich, daß sich die tschechoslowakische Regierung und der Hl. Stuhl in den vergangenen Jahrzehnten nur in einigen wenigen Fällen auf Bischofsernennungen einigen konnten. Inzwischen dürfte aber auch das Regime selbst erkannt haben, daß die Verhinderung von Bischofsernennungen nicht in seinem Interesse liegt. Zum ersten ist es seinem Image sicherlich abträglich, wenn der Hl. Stuhl überall in Osteuropa Bischöfe ernennen kann, während in der Tschechoslowakei die meisten Bischofssitze seit langer Zeit vakant sind. Die Welt sieht darin ein überdeutliches Zeichen für den *Mangel an Religionsfreiheit* in der ČSSR. Zum zweiten hat sich aber auch gezeigt, daß sich die Hoffnung des Regimes, in Diözesen ohne Bischof oder unter der Leitung eines „Pacem in terris“-Exponenten als Kapitelsvikar würde die Kirche bis ins Mark getroffen, nur sehr beschränkt erfüllt hat. Vielmehr fühlen sich Priester und Gläubige an die Weisungen solcher regimehöriger Kapitelsvikare (nicht alle sind es im übrigen!) nicht im Gewissen verpflichtet und handeln in diesen Fällen aus eigener Verantwortung. Da sich dieses „Handeln“ meist der Kontrolle der Behörden entzieht, dürfte dem Regime mehr und mehr zum Bewußtsein gekommen sein, daß die Verhinderung von Bischofsernennungen auch im Hinblick auf seine eigenen Intentionen kontraproduktiv war.

Log Janku oder log er nicht?

So überraschte es nicht, daß die Regierung zuletzt eine gewisse Kompromißbereitschaft in der Frage der Bischofsernennungen signalisierte. Die drei im Vorjahr bestellten Bischöfe (ein Apostolischer Administrator für Trnava [Tyrnau] und zwei Weihbischöfe für Prag) kamen nicht mehr aus den Reihen von „Pacem in terris“. Nach unbestätigten Informationen soll die Regierung bei der jüngsten Verhandlungsrunde dem Vatikan vorgeschlagen haben, entweder alle Kapitelsvikare zu Bischöfen zu machen oder die Hälfte der zehn vakanten Bischofssitze mit „Kandidaten des Hl. Stuhls“ und die andere Hälfte mit Kandidaten nach der Vorstellung der Regierung zu besetzen. Die vatikanische Verhandlungsdelegation soll darauf nicht eingegangen sein. Kirchenamtsleiter Janku bezeichnete diese Information als „traditionsgemäß verzeichnet“. Die Kandidaten würden „vornehmlich“ vom Hl. Stuhl „vorgeschlagen“, erklärte er und fügte hinzu: „Was die

Vertreter des Staates betonen, ist, daß es im Bereich der Kirche zu keiner Diskriminierung und Intoleranz kommen darf.“ Vor allem dürfte es nicht „eine Diskriminierung solcher Priester“ geben, die „die Interessen des Volkes mit aktiver Arbeit für den Frieden unterstützen“.

Und dann sagte Janku etwas, was in kirchlichen Kreisen der ČSSR um so mehr Befremden auslöste, als es vom Vatikan *unwidersprochen* blieb: „Die vatikanische Delegation erklärte, daß sie bei der Auswahl der Kandidaten ausschließlich auf die persönlichen Qualitäten des konkreten Priesters, ohne Rücksicht darauf, ob er Mitglied von ‚Pacem in terris‘ ist oder nicht, achten werde.“ Dies würde bedeuten, daß die kirchenrechtswidrige Zugehörigkeit eines Klerikers zu einer nach den kirchlichen Bestimmungen verbotenen Priesterorganisation für den Hl. Stuhl im Hinblick auf mögliche Bischofsernennung ohne Relevanz wäre! Jenen tschechischen und slowakischen Geistlichen, die ungeachtet aller Druckmaßnahmen des Regimes im Sinne des vatikanischen Dekretes „*Quidam episcopi*“ vom 8. März 1982 (vgl. HK, April 1982, 161) einen klaren Trennungsstrich zu dieser regimehörigen Organisation gezogen haben, würde eine solche Haltungsänderung des Hl. Stuhls wohl kaum verständlich gemacht werden können.

Noch größere Betroffenheit, ja Bestürzung in der ČSSR löste eine andere, in den tschechoslowakischen Medien ostentativ herausgestellte Aussage des Kirchenamtsleiters aus. Janku behauptete, die vatikanische Delegation habe sich „auf der ganzen Linie von der Tätigkeit der illegalen (kirchlichen) Strukturen distanziert und erklärt, daß die päpstliche Kurie in keiner Weise hinter ihnen steht“.

Als „illegale kirchliche Strukturen“ oder auch „Geheimkirche“ bzw. „Untergrundkirche“ bezeichnet das Regime alle kirchlichen Aktivitäten, die in der ČSSR – im Gegensatz selbst zu anderen kommunistischen Ländern – verboten sind bzw. verfolgt werden und deshalb geheim erfolgen müssen. Träger dieser sogenannten „Untergrundkirche“ (ihre Vertreter weisen diese Bezeichnung zurück) sind neben Hunderten amtsbehinderten Priestern und Ordensleuten, darunter auch mehrere Bischöfe, Zehntausende katholischer Laien im ganzen Land. Zu den geheimen Aktivitäten gehören Jugendseelsorge, Exerzitien, gemeinschaftliches Ordensleben, Glaubenskurse, geheimes Theologiestudium sowie eine weitverbreitete Untergrundpublizistik.

Wenn es in der Tschechoslowakei in den letzten Jahren zu einem Wiedererwachen des kirchlichen Lebens, zu Anzeichen einer religiösen Renaissance und vor allem zu einem neuen kirchlichen Engagement beträchtlicher Teile der Jugend des Landes kam, so ist dies in hohem Maße auf Impulse zurückzuführen, die von den sogenannten „illegalen kirchlichen Strukturen“ ausgehen. Auch die wachsende religiöse Bürgerrechtsbewegung findet in ihnen einen starken Rückhalt. „Sollte Jankus Darstellung zutreffen, dann hätte sich der Vatikan von einem Herzstück des religiösen Aufbruchs in der ČSSR ‚distanziert‘“, be-

merkte das österreichische Monatsmagazin „Kirche intern“.

Laut Kirchenamtsleiter Janku wurden im Hinblick darauf, „daß es manchmal den Anschein hat, als wären diese nichtlegalen kirchlichen Strukturen ein gewisser Bestandteil der Kirche“, bei den vatikanisch-tschechoslowakischen Verhandlungen „drei Schlüsselzusammenhänge“ vorgelegt: „1. Das Programm nichtlegaler Strukturen proklamiert nicht ‚die Erhöhung des Kreuzes Christi, sondern das Schwert‘. Es geht ihnen nicht um den Glauben, sondern um die gewaltsame Konfrontation. 2. Untrennbarer Bestandteil ihrer Tätigkeit ist das Organisieren moralischen Terrors und die Androhung physischen Terrors gegen loyale Priester und Seminaristen. 3. Ihre Orientierung ist auf den Kampf gegen die Gesellschaft und gegen den Staat ausgerichtet. In diesem Zusammenhang wurde die Tätigkeit einiger Personen erwähnt, wie zum Beispiel des nichtlegal geweihten Bischofs, Herrn Korec, und anderer.“ (Der in Preßburg als „Pensionist“ lebende amtsbehinderte Bischof *Jan Korec* gehört zu den führenden Persönlichkeiten des tschechoslowakischen Klerus und genießt höchstes geistliches Ansehen in der Bevölkerung.) Die Anschuldigungen Jankus gegen die „illegalen kirchlichen Strukturen“ sind so absurd, daß sich jede inhaltliche Auseinandersetzung mit ihnen erübrigt.

Doch Janku ging noch weiter: In Anspielung auf die von Kardinal Tomášek unterstützte und von 600 000 Bürgern unterzeichnete 31-Punkte-Petition für Religionsfreiheit, auf die mit massiver Polizeigewalt aufgelöste Preßburger Karfreitags-Kundgebung vom vergangenen Jahr sowie auf andere Initiativen der religiösen Bürgerrechtsbewegung in der ČSSR behauptete der Kirchenamtsleiter, der Vatikan mißbillige auch solche „Druckausübungsaktionen“. Janku: „Die vatikanische Delegation stimmt nicht mit den verschiedenen Pressionen überein und weist sie zurück.“

Ist die Ortskirche zuwenig einbezogen?

Unbegreiflicherweise ließ der Hl. Stuhl alle diese Behauptungen des Kirchenamtsleiters *unwidersprochen*. Zwar hatte Kardinal Tomášek es schon im Vorjahr als „Fiktion und Lüge“ bezeichnet, „wenn man von einer öffentlichen und einer im Untergrund agierenden politischen Kirche spricht“, zwar warf Jan Carnogursky Janku eine „bewußte Täuschung der Öffentlichkeit“ vor, doch Vatikan-Sprecher Navarro Valls hüllte sich trotz Journalisten-Anfragen in Schweigen. Der Hl. Stuhl, hieß es, wolle sich „nicht auf die Ebene von Pressepolemiken begeben“. Nach anderen Informationen wollte der Vatikan die Ergebnisse der Verhandlungen über neue Bischöfe für die ČSSR nicht durch eine öffentliche Kontroverse mit dem Kirchenamtsleiter in Frage stellen. „Natürlich weiß hier jeder, daß Janku lügt. Aber wir wissen nicht, wo die Lüge aufhört und wo die Wahrheit beginnt. Auf jeden Fall bleibt von dieser Angelegenheit ein bitterer Nachge-

schmack“, meinte ein führender Kopf der sogenannten „Geheimkirche“ in Böhmen.

Daß das Regime entschlossen ist, die angebliche vatikanische Distanzierung bzw. Mißbilligung der „illegalen kirchlichen Strukturen“ als Waffe gegen die „Geheimkirche“ zu verwenden, zeigte sich schon bald nach diesen öffentlichen Äußerungen Jankus. Der von Janku namentlich genannte Bischof Korec wurde zum Verhör auf die Polizei vorgeladen, ohne daß dafür ein erkennbarer aktueller Grund vorgelegen wäre. Gleichzeitig wurde der Inhaber der Wohnung, in der Korec als Untermieter lebt, an seiner Arbeitsstätte vorübergehend festgenommen, wobei man ihm die Wohnungsschlüssel abnahm. Kurz darauf versuchten drei unbekannte Männer, die einen schweren Koffer mit sich schleppten, offenbar mit den konfiszierten Schlüsseln in die Wohnung einzudringen. Sie wurden von Hausbewohnern beobachtet und durch Hilferufe vertrieben.

Die Behörden wollten den Eindruck erwecken, als habe es sich um Diebe gehandelt, die bei einem Einbruchversuch gestört wurden. Doch Bischof Korec fragte in einem Offenen Brief: „Wozu haben die sonderbaren Diebe einen schweren Koffer vor unsere Wohnungstür geschleppt? Es ist doch allgemein bekannt, daß Diebe eher mit leeren als mit vollen Koffern einzubrechen pflegen. Was wollten uns die Diebe in der Wohnung hinterlassen?“ Diese „Hinterlassenschaft“, so sind Korec und seine Freunde überzeugt, hätte wohl aus „subversivem“ Material bestanden, das dann bei einer Hausdurchsuchung „gefunden“ werden und als „Beweismaterial“ für einen möglichen Prozeß gegen den Bischof dienen sollte.

Korec meint dazu in seinem Offenen Brief: „Den Dieben, die alles so gründlich vorbereitet haben, ist der Einbruch in unsere Wohnung nicht gelungen. Dafür haben ich und viele slowakische Gläubigen einen Grund mehr, dem lieben Gott zu danken.“

Anscheinend glaubt das Regime, durch die unwidersprochen behauptete vatikanische Absage an die „illegalen kirchlichen Strukturen“ freie Hand für ein verstärktes Vorgehen gegen die „Geheimkirche“ zu haben. Jedenfalls war es auffallend, daß in den folgenden Wochen führende Persönlichkeiten dieser „illegalen kirchlichen Strukturen“ zu Verhören vorgeladen, verstärkt überwacht und schließlich auch an der Teilnahme an einer großen Wallfahrt zu Pfingsten nach Šaštín gehindert wurden. Auch bei einer Jugendwallfahrt nach Stare Hory in der Mittelslowakei trat ein Großaufgebot von uniformierten Polizisten und Geheimpolizisten in Erscheinung Zweck all dieser demonstrativen Aktionen ist es offenkundig, die „illegalen kirchlichen Strukturen“ einzuschüchtern.

Ein Vorwurf, der schon bei früheren Verhandlungen des Vatikans mit der Prager Regierung laut geworden war, wurde diesmal mit noch mehr Nachdruck als bei früheren Gelegenheiten vorgebracht: Die Ortskirche sei zuwenig bzw. gar nicht in die Verhandlungen einbezogen. „Alles ist unter Schweigen gehalten. Man verhandelt über uns – aber ohne uns“, bemerkte der führende tschechische

Theologe *Jozef Zvěřina*, dem ein Nahverhältnis zu Kardinal Tomášek nachgesagt wird. In einem Interview mit „Kathpress“ verwies er auf bestimmte Bischofsernennungen der Vergangenheit, „die eher ein Unglück für uns als ein Erfolg waren“, und machte deutlich, daß die Hoffnungen der Kirche in der ČSSR mehr auf der Stärke der neu erwachten kirchlichen Basis als auf „politischen Verhandlungen“ ruhen. Auch Carnogursky kritisierte, daß die Ortskirche keinerlei Möglichkeit habe, Einfluß auf die Gespräche zwischen dem Hl. Stuhl und der Prager Regierung zu nehmen. Und Kardinal Tomášek selbst bedauerte gegenüber „Kathpress“, daß er und andere Vertreter der Ortskirche in keiner Weise in die Verhandlungen eingebunden gewesen seien; er führte dies allerdings auf ein „Verlangen der Regierung“, nicht einen „Wunsch des Vatikans“ zurück.

Setzt Rom andere Prioritäten?

Verhandlungen mit totalitären Regimen zu führen, ohne die Ortskirche einzubinden, ist eine alte, aber auch vielkritisierte Gepflogenheit des Hl. Stuhls. In der Tat spricht für diese Praxis, daß der Hl. Stuhl freier als die Ortskirche verhandeln und auch Forderungen derartiger Regime leichter widerstehen kann als die Bischöfe des betreffenden Landes. Im Falle der Tschechoslowakei würde zudem eine Einbeziehung etwa der Ordinarien der Diözesen bedeuten, daß Vertreter von „Pacem in terris“ oder andere Kleriker, die sich in der Vergangenheit allzu willfährig gegenüber den Wünschen des Regimes verhalten haben, Einfluß auf die Verhandlungen nähmen. Dennoch wäre es für den Vatikan auch im Fall der ČSSR sinnvoll, vor Eintritt in Verhandlungen mit der Regierung eine breite Konsultation jener Kräfte und Persönlichkeiten durchzuführen, die das neue religiöse Leben in der Tschechoslowakei tragen und die ihre Glaubwürdigkeit und Treue zur Kirche in den vergangenen Jahrzehnten eindrucksvoll bewiesen haben. Ohne eine solche umfassende Konsultation sollte der Hl. Stuhl im eigenen Interesse nicht in Verhandlungen mit der tschechoslowakischen Regierung eintreten.

P. *John Bukovsky* vom Päpstlichen Staatssekretariat, selbst Slowake und Mitglied der vatikanischen Verhandlungsdelegation, hält den Vorwurf mangelnder Konsultation der Ortskirche allerdings für ungerechtfertigt. Er verweist darauf, daß die vatikanische Delegation bei ihrem jüngsten Besuch in der ČSSR in eine Reihe von Diözesen gereist sei und dort mit Vertretern der Ortskirche gesprochen habe. Unerwähnt ließ Bukovsky, daß diese Reise in die Diözesen erst *nach* den eigentlichen zweitägigen Verhandlungen mit der Regierung erfolgte, unerwähnt blieb auch, wer die Gesprächspartner waren. Wie es heißt, sollen die Ordinariate die Gesprächspartner der Vatikan-Delegation ausgewählt haben, und diese Ordinariate stehen mehrheitlich unter der Kontrolle von „Pacem in terris“.

Eines hält man Erzbischof Colasuonno allerdings auch in

kirchlichen Kreisen der ČSSR zugute: Er lasse sich weniger leicht hinter Licht führen und verhandle mit mehr Festigkeit als seine Vorgänger. Doch man kreidet auch ihm an, sich über eine Prioritätensetzung in den Verhandlungen nicht mit der Ortskirche abgestimmt, ja die Ortskirche nicht einmal darüber informiert zu haben, worüber man mit den Vertretern der Regierung verhandeln wolle. Es ist evident, daß der Hl. Stuhl in diesen Verhandlungen andere Prioritäten sieht als die Ortskirche. Der Vatikan will der Kirche in der Tschechoslowakei – und das schon seit Jahrzehnten – auch um den Preis personeller Kompromisse vorrangig Bischöfe geben. Wenn die Diözesen einmal Bischöfe haben, die treu zum Hl. Stuhl stehen, dann würden sich Fortschritte in der kirchlichen Situation in der ČSSR nach und nach von selbst ergeben, meint man im Vatikan. Viele Priester und Laien in der Tschechoslowakei selbst sind dagegen der Auffassung, daß das vorrangige Ziel von Verhandlungen die *Beendigung der massiven staatlichen Einflußnahme* auf das kirchliche Leben sein müßte, wie es auch die 31-Punkte-Petition für Religionsfreiheit fordert; Bischofsernennungen und andere Einzelfragen würden sich auf der Basis der geforderten Trennung von Kirche und Staat dann in Eigenverantwortung der Kirchen lösen lassen.

Das Recht der Kirche, ohne *staatliche Behinderung* Bischöfe für die vakanten Diözesen einzusetzen, verlangt auch die religiöse Bürgerrechtsbewegung, fordern auch immer größere Teile der Priesterschaft; doch erwartet man vom Vatikan, daß er sich nicht auf diese Frage beschränkt, sondern mit allem Nachdruck bei allen Verhandlungen auf ein Ende der immer unhaltbareren und dem kirchlichen Selbstverständnis zutiefst widersprechenden totalen Bevormundung der Kirche durch den Staat drängt.

Auf keinen Fall wünscht sich die Kirche in der ČSSR eine Besetzung der vakanten Bischofssitze „um jeden Preis“. Bischof Korec selbst formulierte diese Vorbehalte in einem Interview für österreichische Kirchenzeitungen: „Wenn man uns Bischöfe ‚um jeden Preis‘ geben will, möchten wir lieber noch warten.“ Nach Ansicht Korec’ muß der Bischof „ein Mann sein wie der hl. Paulus“. Wenn das Regime bei einem eine Schwäche entdeckte, machte man mit ihm, was man wolle. Und er fügte hinzu: „Wer Unsicherheit zeigt, dem werden die Schrauben angezogen.“

„Bischöfe um jeden Preis“ will offenbar auch der Vatikan nicht. Berichte, bei den Verhandlungen sei Einigung über die Besetzung aller zehn vakanten Bischofssitze erzielt worden, erwiesen sich als unzutreffend. „Wir hoffen, daß wir wenigstens drei oder vier neue Bischöfe bekommen“, bemerkte Kardinal Tomášek nach den Verhandlungen. Und Kirchenamtsleiter Janku sprach von „bestimmten Ergebnissen“, verhehlte aber nicht „eine gewisse Enttäuschung darüber, daß wir keine breiteren Ergebnisse erzielt haben“. Die tschechoslowakische Delegation sei darauf „vorbereitet“ gewesen, solche „breiteren Ergebnisse“ auszuhandeln. „Die andere Seite hielt sich aber an

ihr prozedurales Vorgehen. Jenes Maß an gutem Willen, den die ČSSR hat, blieb auch weiterhin einseitig“, stellte Janku fest.

Die Zeit könnte für die Kirche arbeiten

Tatsächlich meinen nicht wenige Kirchenvertreter in der ČSSR, daß man angesichts der derzeitigen politischen Entwicklung in Osteuropa, die auch an der ČSSR auf Dauer nicht vorübergehen kann, nicht unbedingt auf rasche Vereinbarungen mit der Prager Regierung drängen sollte. Die Zeit, so hofft man zumindest, wird für die Kirche arbeiten. In einigen Jahren, vielleicht sogar nur Monaten, wird man bei Bischofsernennungen weniger Zugeständnisse an die Wünsche des Regimes machen müssen, als dies heute der Fall ist. Da Bischöfe meist auf Jahrzehnte ernannt werden, sollte sich der Hl. Stuhl nur dann zu einer solchen Ernennung bereit finden, wenn er von den betreffenden Kandidaten hundertprozentig überzeugt ist, hört man in kirchlichen Kreisen des Landes. Der Hl. Stuhl – so meint man – sollte die Trennung von Staat und Kirche schon jetzt zu einem Zentralpunkt vatikanischer Forderungen an die ČSSR-Regierung machen, aber

sich zum jetzigen Zeitpunkt keinesfalls auf weitreichende Vereinbarungen zum Staat-Kirche-Verhältnis einlassen, wenn diese auch weiterhin den Freiraum und die Wirkmöglichkeiten der Kirche einengen.

Die Verhandlungsführung Colasuonnos könnte in der Tat auf dieser Linie liegen. Erfahrungen, die er in Ungarn gemacht hatte, dürften ihn in dieser Haltung bestärken. Denn dort war es ihm gelungen, in einer ersten Verhandlungsphase neue Diözesanbischöfe nach den Vorstellungen des Hl. Stuhls durchzusetzen, wobei das staatliche Kirchenamt davon ausgegangen war, daß seine eigenen „Kandidaten“ für Bischofsernennungen wenigstens bei der anstehenden Ernennung von Weihbischöfen berücksichtigt würden. Doch auch dazu war der Hl. Stuhl nicht bereit. Er verzichtete länger als ursprünglich vorgesehen auf die Bestellung neuer Weihbischöfe für Ungarn, und als sie im Frühjahr dieses Jahres ernannt wurden, war keiner der vom staatlichen Kirchenamt forcierten Kandidaten darunter. Und inzwischen gehört auch die Ära des staatlichen Kirchenamtes in Budapest, das dem Regime so lange als Instrument der Kontrolle und Gängelung des kirchlichen Lebens gedient hatte, bekanntlich selbst bereits der Vergangenheit an. Die Regierung beschloß seine Auflösung.

Peter Musyl

Kurzinformationen

Johannes Paul II. hat ein Apostolisches Schreiben zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Liturgiekonstitution veröffentlicht

Das am 14. Mai veröffentlichte Papstschreiben erinnert an die Leitprinzipien der Liturgiekonstitution des Zweiten Vatikanums, die stets gegenwärtig bleiben und weiter vertieft werden müßten: die Vergegenwärtigung des Paschamysteriums in der Liturgie, die Gegenwart des Wortes Gottes und die Liturgie als Epiphanie der Kirche selbst. Johannes Paul II. weist auf Schwierigkeiten bei der Anwendung der Liturgiereform hin. Die einen hätten die neuen Bücher mit einer gewissen Indifferenz aufgenommen, ohne sich um Verständnis für die Gründe der Reform zu bemühen. Andere seien leider „in einseitiger und exklusiver Weise zu den vorhergehenden liturgischen Formen zurückgekehrt, die einige von ihnen als einzige Sicherheitsgarantie für den Glauben betrachten“. Wieder andere hätten „phantasievoll[e] Neuerungen“ eingeführt. Das christliche Volk, so der Papst, habe aber mit großer Mehrheit die Liturgiereform „in einem Geist des Gehorsams und sogar freundlichen Eifers“ aufgenommen. Als *positive Früchte* der Reform nennt das Schreiben u. a. die Aufwertung der Schrift, die stärkere Teilnahme der Gläubigen und die Dienste der Laien. Als *Entgleisungen* werden namhaft gemacht: Auslassungen oder unerlaubte

Hinzufügungen, „Haltungen oder Gesänge, die dem Glauben oder dem Sinn für das Heilige abträglich sind, Mißbräuche in der Praxis der Generalabsolution“, Verwirrungen zwischen Amtspriestertum und gemeinsamem Priestertum. Heute komme es vor allem auf die *biblische und liturgische Bildung des Volkes Gottes* an. Eine weitere wichtige Aufgabe sieht der Papst in der Anpassung der Liturgie an die verschiedenen Kulturen. Diese Anpassung müsse der Tatsache Rechnung tragen, daß es in der Liturgie, vor allem der Sakramentenliturgie, einen unveränderlichen Bestandteil göttlichen Ursprungs und veränderliche Bestandteile gebe, die an die jeweilige Kultur angepaßt werden könnten oder sogar müßten. Auf diesem Gebiet dürfe die Verschiedenheit der Einheit nicht schaden. Man solle bei der weiteren Entwicklung der Liturgie der christlichen *Volksfrömmigkeit* und ihrem Bezug zum liturgischen Leben Rechnung tragen. Die Volksfrömmigkeit könne weder ignoriert noch mit Gleichgültigkeit oder Geringschätzung behandelt werden.

Im Vatikan fand ein Gespräch mit dem Papst über die Situation bei den Traditionalisten statt

Knapp ein Jahr nach den Bischofsweihen des inzwischen exkommunizierten Traditionalistenführers *Marcel Le-*